

Ein staatliches Spareinlagen-Monopol?

Ein Wiener Spätabendblatt, das die ernstesten und wichtigsten Probleme ethischer, politischer und wirtschaftlicher Art mit frivoler Oberflächlichkeit zu behandeln liebt, beschäftigte sich kürzlich mit der Frage, wohin wir unser Geld zu geben hätten und gelangte dabei zu der Forderung, daß der Staat die Einlagengelder übernehmen und hierfür die von den Banken vergüteten Zinsen gewähren solle. Es sollte nach dem Willen des betreffenden Autors ein Spareinlagenmonopol geschaffen werden, das er als Forderung der Demokratie und des finanziellen Vorteiles bezeichnet.

Einer objektiven Betrachtung der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse und insbesondere der Vorgänge auf dem Geld- und Effektenmärkte kann sich die Tatsache keineswegs entziehen, daß auf diesen Gebieten in Wahrheit Auswüchse bestehen, die schon vor dem Kriege nicht zu verkennen waren und während des Krieges solchen Umfang angenommen haben, daß eine Abhilfe dringend nötig wäre. Allein man soll das Kind nicht mit dem Bade ausgießen und bei Einschränkung der vielfach ungesunden Gewinne der Banken und, was wir nicht unerwähnt lassen wollen, auch vieler anderer Gesellschaften und Einzelunternehmer, nicht einem Staatsmonopol das Wort reden, das weder für den einzelnen, noch für die Gesamtheit wünschenswert wäre. Es ist wohl für jeden ruhig Denkenden klar, daß die breitesten Schichten der Sparer ihr Guthaben vor allem sicher und von allen schwankenden Einflüssen der innen- und außenpolitischen Verhältnisse freigehalten wissen wollen, eine Tatsache, die nicht nur für uns, sondern auch — wie ein Blick auf andere Länder zeigt — für alle übrigen Staaten gilt. Dem widerspricht keineswegs, daß, um hieher gehörigen Uebelständen zu steuern, der Staatsgewalt ein wirksamerer Einfluß auf die Geschäftsführung und auf die Art der Betätigung mancher Institute eingeräumt werden soll, als es bisher in Oesterreich der Fall ist. Aber von österreichischen Monopolen war von jeher nicht viel Ruhmenswertes zu sagen. Inwieweit die Verstaatlichung der verschiedenen Wirtschaftsfunktionen bei uns die Allgemeinheit zu befriedigen geeignet und imstande ist, zeigen schon unsere verschiedenen „Zentralen“, die uns keineswegs das Heil brachten, das ihr Vorkämpfer mit weithin schallender Stimme verkündeten.

Gewiß, den Banken kommt das Spartwesen nicht zu, aber um so mehr den Sparkassen, die bis vor kurzem allein zur Entgegennahme von Spareinlagen berechtigt waren und nicht auf Gewinn abzielen ein Nutzen und Segen für die Allgemeinheit sind und gewiß einer Förderung würdig wären. Gerade die österreichischen Sparkassen, die entweder Gemeinde- oder Vereinsparkassen sind und unter einer weitgehenden Aufsicht der Regierung stehen, genießen mit Recht den Ruf der unbedingten Sicherheit und einer die Interessen ihrer Einleger streng wahrenenden, soliden Führung. Es sei bei diesem Anlasse darauf hingewiesen, daß beispielsweise die ungarischen Sparkassen die Aktiengesellschaften darstellen, auf Gewinn berechnete Unternehmungen und daher nicht mit den bewährten österreichischen Instituten gleichen Namens zu verwechseln sind. Unsere Sparkassen beschränken sich, soferne sie nicht ihre Mittel zur Befriedigung der Rückzahlungsansprüche ihrer Einleger flüssig halten

müssen, auf die Gewährung langfristiger Haus- und Grundbelehnungen, deren mäßiger Zinsfuß der großen Zahl der Mieter zugute kommt und die zahlreichen Interessenten des Baugewerbes alimentieren hilft, und auf den Ankauf und die Belehnung von mündelsicherer Wertpapieren. Die durchschnittliche Spannung zwischen dem aktiven und passiven Zinsfuß der Sparkassen beträgt $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}\%$, woraus sie ihre Personalkosten, Steuern und sonstige Regien zu decken haben. Der Gewinn, den sie bei der Veranlagung ihrer Einlagegelder erzielen, wird bekanntlich dem Reservefonds überwiesen, aus dem nach Maßgabe der aufsichtsbehördlichen Bewilligung Spenden für Wohlfahrts- und gemeinnützige Zwecke gewährt werden. Hier gibt es keine Dividenden und keine Zantiemen! Die österreichischen Sparkassen wurzeln infolge ihrer fleckenlosen Tradition in dem Bewußtsein der Bevölkerung, die darauf Wert legt, ihre Ersparnisse sicher und geborgen zu wissen.

Ein staatliches Einlagenmonopol dürfte keineswegs die Volkstümlichkeit genießen, die man ihm zuschreiben will, denn es würde allerorts den Gedanken an die Verwandtschaft der staatlichen Einlagenkasse mit dem Steueramte wachrufen; ob mit Recht oder Unrecht kann bei dem notorischen Mißtrauen, das in solchen heißen Dingen herrscht, dahingestellt bleiben. Nicht die Angst vor dem Kapital, dessen Ausschreitungen wir wiederholt mit Entschiedenheit entgegengetreten sind, und nicht der Wunsch, in dieser schweren Zeit übermäßigen Gewinnen den Boden zu erhalten, lassen uns davor warnen, von einem Extrem ins andere zu fallen.

Wir sind der Meinung, daß das Kapital jederzeit in den Dienst der Produktion, und zwar der rationellsten und für die Gesamtheit nützlichsten Produktion gestellt werden muß, und um diese Forderung zu erreichen, wird man zielbewußt organisch weiterbauen müssen, nicht

aber in blindem Fanatismus wirtschaftliche Gebilde, die verbesserungsfähig sind, zerstören und gleichzeitig bewährte Einrichtungen untergraben dürfen.